

INHALT

| | |
|---|---------|
| Wenn "Schwule klatschen" alltäglich wird, müssen Bund, Land und Bezirke endlich handeln! | Seite 1 |
| Bericht „Fraktion im Kiez“: Wie weiter mit dem Rathaus Friedrichs-hagen? – Öffentliche oder kommerzielle Nutzung? | Seite 2 |
| Berliner SPD beim Schutz von Nichtrauchernden vorbildlich - Rauchen soll in allen Kneipen, Gaststätten und Bars verboten werden | Seite 3 |
| Termine und Bürgersprechstunde | Seite 5 |

IMPRESSUM

SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

Rathaus Treptow
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

www.spd-fraktion-treptow-koepenick.de

Fon/Fax/AB: 030/5337067

E-Mail: fraktion@spd-fraktion-treptow-koepenick.de

Wenn "Schwule klatschen" alltäglich wird, müssen Bund, Land und Bezirke endlich handeln!

Zu den gewaltsamen Übergriffen auf homosexuelle Menschen in den vergangenen Wochen in Berlin, erklären der Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Lesben und Schwulen, Johannes Kahrs, der verfassungsschutzpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion Tom Schreiber und der jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick Alexander Freier:

Auch wenn Berlin als tolerante und weltoffene Stadt gilt, ist es in den vergangenen Monaten zu einem starken Anstieg der Gewalt gegenüber homosexuellen Menschen gekommen.

Nachdem rund um die "Pride-Week" viele Lesben, Schwule sowie transidente Opfer von Diskriminierung und teilweise brutaler Gewalt wurden, wurde kürzlich ein schwules Paar gerade zum Zeitpunkt des Les-BiSchwulen Motzstraßenfestes zusammengeschlagen. Einer der Männer musste notoperiert werden, weil er mit einem Messer angegriffen wurde. Kurz darauf wurden in Friedrichshain vier schwule Männer kurz nacheinander von einer vierköpfigen Personengruppe angegriffen und verletzt. Dieser Vorfall wirkt besonders abstoßend, weil er zeigt, dass die Täter sich bewusst auf die Jagd nach schwulen Männern gemacht haben. Es ließen sich viele weitere solcher Angriffe darstellen.

"Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen in dieser Stadt auf Grund ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt oder verletzt werden, deshalb hat die SPD- Abgeordnetenhausfraktion das Programm 'Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt' ins Leben gerufen und finanziell gut ausgestattet. Das kann aber lediglich ein Anfang sein. Es ist not-

wendig, dass Zivilgesellschaft, Polizei und Politik gemeinsam gegen Homophobie und Transphobie vorgehen. Gerade vor Ort in den Bezirken und deren Ortsteilen müssen wir noch aktiver werden. Daran arbeiten wir!", meint Tom Schreiber.

Das Landesprogramm "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" zeigt in die richtige Richtung, das Ausmaß der Gewalt erfordert jedoch ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Land. Ebenso sind die Bezirke gefragt, die vor Ort Programme für ein friedliches Miteinander in die Wege leiten müssen.

Johannes Kahrs fordert die Bundesregierung zum Handeln auf. "Wenn in einer weltoffenen Stadt wie Berlin Homophobie und Transphobie alltäglich werden und "Schwule klatschen" salonfähig wird, lässt das auch auf die Bundesrepublik schließen. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung von Bund, Land und Kommunen, etwas daran zu ändern. Die Bundesregierung muss endlich aufwachen und Programme gegen Homophobie ins Leben rufen."

Alexander Freier erklärt dazu: "Gerade die Bezirke müssen ihr Engagement deutlich steigern. In den Außenbezirken hat die Politik häufig Lesben, Schwule und Transidente noch nicht als Zielgruppe erkannt. Oft gibt es keine Angebote für diese Menschen. Wir brauchen Beratungsangebote, Jugendgruppen und Runde Tische gegen Homophobie und Hassgewalt. Das kostet natürlich Geld aber um das Ziel zu erreichen friedliche und tolerante Bezirke zu haben, in denen jeder seine Lebenseinstellung verwirklichen kann, sollte uns dieses Geld wert sein."

Es kann und darf nicht sein, dass es Bezirke gibt, in denen Beratungseinrichtungen Jugendlichen davon abraten, sich zu outen, weil die Folgen eines "Coming-Outs"

nicht berechenbar seien. Wenn Berlin auch weiterhin ein "Ort der Vielfalt" sein will, muss es noch deutlicher gegen Diskriminierungen vorgehen.

Die Berliner Lesben und Schwulen in der SPD rufen zu einer Mahnwache am Freitag, 2. Juli 2010, um 19.00 Uhr am Spanienkämpferdenkmal, Friedensstraße, Volkspark Friedrichshain auf.

Kontakt:
 Johannes Kahrs: 0177 - 250 50 50
 Tom Schreiber: 0177 - 711 36 24
 Alexander Freier: 0176 - 640 97 994

**Bericht „Fraktion im Kiez“:
 Wie weiter mit dem Rathaus Friedrichshagen? – Öffentliche oder kommerzielle Nutzung?**

Thema der Reihe „Fraktion im Kiez“ der SPD-Fraktion i. d. BVV Treptow-Köpenick war die Zukunft des Friedrichshagener Rathauses und die Auswirkungen des Umbaus des Hirschgartendreiecks auf die Anwohner. Da die Polizei Parteien grundsätzlich nicht in ihren Immobilien tagen lässt, fand die Veranstaltung nicht wie vorher geplant im besagten Rathaus, sondern im Haus der Arbeiterwohlfahrt in Friedrichshagen statt.

Als sehr informativ erwies sich die Teilnahme des Geschäftsführers der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) Herr Lemiss. Er verschaffte den Teilnehmern Klarheit über die Aufgaben der Gesellschaft: Die BIM ist keine Verwertungsgesellschaft, arbeitet nicht gewinnorientiert, sondern treuhänderisch mit dem Auftrag, das Sondervermögen Berlins zu optimieren und die Immobilienbestände zu minimieren.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger

Friedrichshagens brachten ihre Vorschläge zur Nutzung des Rathauses ein. So schlug eine Bürgerin die Gründung einer Betreiber-gesellschaft vor, die die Auslastung des Hauses organisieren könnte. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger allen voran die kulturhistorische Bedeutung des Rathauses für Friedrichshagen bewahrt sehen möchten.

Diesem Ansinnen laufen Überlegungen zur kommerziellen und nicht-öffentlichen Nutzungen entgegen. Die BIM empfahl den Verkauf der Immobilie, obgleich Herr Lemiss eine Rückführung mit Verweis auf Beispiele in Berlin Mitten nicht ausschloss. Einer reinen Betriebskostenvermietung erteilte Herr Lemiss eine Absage, wohingegen er die Möglichkeit einer Untervermietung grundsätzlich nicht für abwegig hielt. Renate Harant (MdA, SPD) wies auf die Notwendigkeit eines soliden Mieters hin, der gleichzeitig ein plausibles Nutzungskonzept vorlegen müsse.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende i.d. BVV Treptow-Köpenick Oliver Igel stellte mit Bedauern fest, dass die Zwischenberichte des Stadtrats für Umwelt, Grün und Immobilienwirtschaft Herr Schneider (Die Linke) zur weiteren Nutzung des Rathauses Friedrichshagen ab dem 3. Zwischenbericht (derzeit 10 Zwischenberichte) gleich lauten: Der Verkauf des Rathauses wird durch die BIM vorbereitet und der Bezirk sehe keine öffentliche Nutzung der Immobilie vor. Die SPD-Fraktion hingegen hatte auf die Erstellung eines Konzepts durch das Bezirksamt gedrungen, das den Verbleib des Rathauses in der öffentlichen Hand vorsieht. Renate Harant sowie die SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern werden sich weiterhin für eine öffentliche Nutzung und den Erhalt des Friedrichshagener Rathauses einsetzen.

In der Veranstaltung informierte des Weiteren Bezirksstadtrat Rainer Hölmer (SPD)

anhand von Bebauungsplänen über wesentliche Veränderungen am Hirschgardendreieck. Einschränkungen im Straßenverkehr seien unvermeidlich, so Hoelmer. Es wird ein beidseitiger zweifacher Fahrstreifen mit Rad- und Bürgersteigen im Bereich der Kreuzung Fürstenwalder Damm und Müggelseedamm mit der Hauptfahrtrichtung Fürstenwalder Damm entstehen.

Bürger aus Friedrichshagen wünschten sich vom Bezirksamt weitere Bautafeln, die frühzeitig über die Streckenbauvorhaben und damit entstehende Verkehrsbehinderungen für die Anwohner informieren. Rainer Hoelmer sieht den ersten Spatenstich Mitte Juli vollzogen und sagte eine bessere Information zu. Das Ende der Bauarbeiten im Allende-Viertel markiert zugleich den Beginn der Bauarbeiten im Hirschgardendreieck. In diesem Zusammenhang lud der Baustadtrat zur Eröffnung des neuen Vorplatzes des S-Bahnhofs Friedrichshagen ein.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Oliver Igel bedankte sich im Namen der gesamten SPD-Fraktion für das muntere Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und sicherte weitergehende Informationen in der Sache zu.

Kontakt:
Oliver Igel, Fraktionsvorsitzender
Mobil: 0175 410 51 29

Berliner SPD beim Schutz von Nichtrauchernden vorbildlich - Rauchen soll in allen Kneipen, Gaststätten und Bars verboten werden

Bei ihrem Landesparteitag am 26. Juni 2010 beschloss die Berliner SPD auf Initiative der SPD Treptow/Plänterwald den Antrag "Nichtraucherschutz am Ar-

beitsplatz".

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin, des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Deutschen Bundestages werden darin aufgefordert, daraufhin zu wirken, "dass ein absoluter Nicht-raucherschutz in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr gilt."

Die Zahl der Menschen, die in Folge von Tabakkonsum an Lungen-, Kehlkopf- oder Luftröhrenkrebs starben, stieg in den vergangenen Jahren deutlich an. Im Jahr 2006 kostete der Konsum von Tabak 42.348 Menschen das Leben. Die Berliner SPD setzt sich für den Schutz von Nicht-raucherinnen und Raucherinnen gleichermaßen ein, indem sie das Rauchen in Kneipen und Bars verbieten will.

Der Vorsitzende des SPD Alt-Treptow/Plänterwald Alexander Freier erklärt hierzu: "Der beschlossene Antrag zum Nichtraucherschutz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen parallel zu einem absoluten Rauchverbot in Gaststätten, Kneipen und Bars erheblich mehr präventive Angebote schaffen. Wer nicht raucht, soll erst gar nicht anfangen und wer mit Rauchen angefangen hat, muss dabei unterstützt werden, wieder aufzuhören."

"Wir werden uns weiterhin für den Schutz von Nichtraucherinnen einsetzen. Jeder Mensch der an den Folgen von Tabakkonsum stirbt, ist unnötig und zweifelsohne ein Mensch zu viel. Nichtraucherinnen und Mitarbeiterinnen in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr dürfen nicht durch die schlechten Gewohnheiten von Raucherinnen, einer Gefahr für die eigene Gesundheit ausgesetzt werden und müssen geschützt werden", fügt der Kreisvorsitzende der SPD von Treptow-Köpenick Oliver Igel hinzu.

Die Pressemitteilung sowie den Antrag

zum Nichtraucherschutz können Sie auf unserer Homepage (Internetadresse siehe erste Seite) unter der Rubrik Pressemitteilungen nachlesen.

Kontakt:

Alexander Freier: 0176 - 640 97 994

Oliver Igel: 0175 - 410 51 29

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 26. August 2010 statt. Beginn ist um 16.30 Uhr.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde ist es den Bürgern des Bezirkes zu Beginn möglich, Fragen an das Bezirksamt oder die Bezirksverordnetenversammlung zu richten. Um eine angemessene Beantwortung Ihrer Fragen zu gewährleisten, müssen sie Ihre Fragen bis spätestens Montag, den 23.04.10, 10.00 Uhr beim Büro des Vorstehers der BVV einreichen.

Am Sonntag, dem 11. Juli 2010, 10 Uhr findet der Politische Frühschoppen im Ratskeller im Rathaus Köpenick zum Thema „Linke Gewalt“ statt.

Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Am Dienstag, dem 13.07.2010 von 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr findet die nächste Bürgersprechstunde von Wolfgang Thierse (MdB) und Oliver Igel (Vorsitzender SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick) im SPD- Kreisbüro, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin (Köllnische Vorstadt) statt.